



Dienstag, 11. Februar 2025, 15:00 Uhr
~4 Minuten Lesezeit

Österreichische Identität

Das digitale System ID Austria wird Bürgern als Fortschritt verkauft, könnte aber zur Gefahr für Datenschutz und Freiheit werden.

von Ewald Lassnig
Foto: Cristiana Apostol/Shutterstock.com

Mit der ID Austria hat die österreichische Regierung ein digitales Identifikationssystem geschaffen, das die

bisherigen Lösungen Handy-Signatur und Bürgerkarte ersetzt. Die digitale Identität ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern eine sichere Anmeldung bei Onlinediensten von Behörden und Unternehmen. Offiziell wird die ID Austria als bedeutender Fortschritt auf dem Weg zu einer modernen, digitalen Verwaltung gepriesen. Doch Datenschutzexperten und Kritiker schlagen Alarm: Die zunehmende Verpflichtung zur Nutzung der ID Austria könnte weitreichende Konsequenzen für Privatsphäre, Datensicherheit und die informationelle Selbstbestimmung haben.

Bereits jetzt enthält die ID Austria zahlreiche persönliche

Informationen: Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Geschlecht, Staatsangehörigkeit sowie eine spezifische Personenkennzahl für Behördenzwecke. Auch die Verknüpfung mit offiziellen Dokumenten wie Reisepass oder Personalausweis ist möglich. Zudem werden eine Handynummer für die Anmeldung und optional eine E-Mail-Adresse gespeichert. Diese zentrale Bündelung sensibler Daten birgt erhebliche Risiken. Die Möglichkeit, dass Behörden oder Unternehmen durch Datenabgleich detaillierte Profile von Bürgern erstellen, lässt befürchten, dass sich ein System der lückenlosen digitalen Überwachung etabliert.

Die ID Austria ist in zwei Versionen erhältlich: Eine eingeschränkte Variante erlaubt die Nutzung vieler digitaler Verwaltungsangebote, während die Vollversion zusätzliche Funktionen wie den digitalen Führerschein oder den Einsatz für internationale eID-Dienste umfasst. Um diese erweiterte Version zu aktivieren, ist eine persönliche Identitätsprüfung bei einer Behörde erforderlich – ein Schritt, der die flächendeckende Erfassung biometrischer und

personenbezogener Daten weiter vorantreibt.

Die Risiken einer solchen Entwicklung sind offensichtlich. Die Abhängigkeit von digitalen Systemen macht Bürgerinnen und Bürger besonders verwundbar. Ein verlorenes oder gestohlenen Smartphone, technische Ausfälle oder Internetprobleme könnten dazu führen, dass Menschen den Zugang zu essenziellen Dienstleistungen verlieren.

Eine digitale Identität sollte eine Ergänzung, nicht jedoch eine Bedingung für gesellschaftliche Teilhabe sein.

Besondere Bedenken wirft die Tatsache auf, dass die Nutzung der ID Austria schrittweise zur Pflicht wird. Ein aktuelles Beispiel ist die geplante verpflichtende Einführung für Lehrkräfte ab dem 1. März 2025. Ab diesem Zeitpunkt wird es nicht mehr möglich sein, sich ohne ID Austria beim Amtssignatur- oder Sokrates-Login anzumelden. Während das Bildungsministerium von einer Vereinfachung und höheren Sicherheit spricht, sehen Kritiker darin einen klaren Zwang zur Nutzung eines umstrittenen Systems. Besonders problematisch: Das Ministerium empfiehlt ausdrücklich die Nutzung des privaten Smartphones für den Login. Wer dies ablehnt, muss auf ein Token zurückgreifen – eine Alternative, die jedoch ebenfalls erhebliche Datenschutzrisiken birgt.

Ein offizieller Bericht zur Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA), der im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung erstellt wurde, bestätigt erhebliche Bedenken. Er verweist unter anderem auf den entstehenden sozialen Druck zur Nutzung der ID Austria sowie auf die Abhängigkeit von Google- und Apple-Ökosystemen. Besonders kritisch ist die Feststellung, dass Verwaltungsprozesse auch analog zur Verfügung stehen müssten – ein Kriterium, das mit der verpflichtenden Nutzung für Lehrkräfte klar verletzt wird. Das Datenschutzrisiko wurde daher mit der höchsten Bewertungsstufe

(„hoch“) eingestuft, was auf klare Verstöße gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hinweist.

Der Widerstand gegen diese Entwicklung wächst. Die Liste Madeleine Petrovic (LMP) hat eine Petition gegen die verpflichtende Nutzung der ID Austria gestartet. Seit der Einführung der ID Austria wurde deren Einsatz schrittweise in zahlreichen Bereichen erzwungen – unter anderem in der Gesundheitsverwaltung, bei Sozialversicherungen und in der Bildungsdirektion. Oft geschieht dies nicht aus funktionaler Notwendigkeit, sondern um vorgegebene Nutzungsquoten zu erfüllen. Diese Praxis wird von Datenschützern als intransparent und undemokratisch kritisiert.

Die Befürworter der ID Austria argumentieren, dass das System ein wirksamer Schutz gegen Identitätsdiebstahl sei und langfristig eine sichere, einheitliche digitale Identität für alle EU-Bürger ermöglichen werde. Doch Kritiker warnen vor der schleichenden Etablierung einer digitalen Überwachungsinfrastruktur.

Wer erst einmal gezwungen wird, eine digitale Identität zu nutzen, verliert zunehmend die Möglichkeit, analoge Alternativen zu wählen. Dies könnte langfristig dazu führen, dass Bürger ihre informationelle Selbstbestimmung einbüßen und einem System ausgeliefert sind, das in seiner aktuellen Form nicht ausreichend gegen Missbrauch abgesichert ist.

Die Forderung von Datenschützern und Bürgerrechtsorganisationen ist klar: Die Nutzung der ID Austria muss freiwillig bleiben. Es darf nicht sein, dass Menschen durch behördlichen oder gesellschaftlichen Druck gezwungen werden, ihre sensiblen Daten in ein System einzuspeisen, dessen Risiken nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Die österreichische Regierung ist aufgefordert, Transparenz zu schaffen und sicherzustellen, dass digitale Identitätslösungen nicht zur Einschränkung der

Bürgerrechte führen. Sonst droht die ID Austria vom Fortschrittsprojekt zur digitalen Fessel zu werden.



Ewald Lassnig absolvierte ein Doktoratsstudium der Kunstgeschichte an der Universität Wien und promovierte 2005. Er erhielt Stipendien für Studienaufenthalte in Florenz und Rom und publizierte in wissenschaftlichen Fachzeitschriften. Zudem hielt er Vorträge an den Universitäten Wien und Erlangen sowie an den kunsthistorischen Gesellschaften und Akademien in Berlin und München. Seit 2024 ist er Pressesprecher der Liste Madeleine Petrovic (LMP).